



Herrn Oberbürgermeister Andreas Mucke

Antrag

Es informiert Sie Herr Wierzba

Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563-62 72
Fax (0202) 563-85 73
E-Mail fraktion@fdp-wuppertal.de

Datum 15.06.2020

Drucks. Nr. VO/0589/20
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
17.06.2020	Hauptausschuss
22.06.2020	Rat der Stadt Wuppertal

Laptops und Tablets für benachteiligte Kinder

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der Freien Demokraten (FDP) im Rat der Stadt Wuppertal beantragt, der Rat der Stadt Wuppertal möge am 22.06.2020 beschließen:

„Schüler und Schülerinnen, die während der Pandemie nicht oder nur sehr eingeschränkt beim Lernen auf Distanz mitmachen können, weil Ihnen Zuhause keine eigenen Computer, Laptop oder Tablet und/oder kein LAN/WLAN Anschluss zur Verfügung stehen, erhalten vom Schulträger ein mobiles Endgerät als Leihgerät und die Möglichkeit das schulische WLAN zu nutzen. Dazu wird die Verwaltung beauftragt,

1. bei den Schulen anzufragen, wie hoch nach deren Einschätzung die Anzahl der Schüler und Schülerinnen ist, die Zuhause kein PC, Laptop oder Tablet und keinen LAN/ WLAN Anschluss haben und deshalb nicht oder nur sehr eingeschränkt am Lernen auf Distanz teilnehmen. (Einige Schulen haben dies bereits durch Elternbefragungen abgefragt)
2. in Zusammenarbeit mit der Statistikstelle und dem SD Jugend zu prüfen, welche Daten zur Annäherung an die Anzahl bedürftiger Schülerinnen und Schüler genutzt werden können. Hierbei sollen vor allem jene Anspruchsgruppen zu Grunde gelegt werden, die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket

beziehen können.

3. bei den Schulen anzufragen, wie viele mobile Endgeräte für den Präsenzunterricht an den Schulen benötigt werden und nicht als Leihgerät zur Verfügung stehen können. (An allen Schulen gibt es nach Auskunft der Verwaltung 5490 mobile Endgeräte. Hinzu kommen 955 weitere mobile Endgeräte, welche derzeit aus den jährlichen Investitionsmitteln beschafft werden)
4. alle Vorbereitungen für die weitere Bestellung von mobilen Endgeräten zu treffen, damit die Beschaffung aus dem 500 Mio. Programm des Bundes für die Anschaffung mobiler Endgeräte für bedürftige Kinder ohne Zeitverzug schnellstmöglich erfolgen kann.
5. einen Leihvertrag zu entwerfen, den die Schulen im Auftrag der Schulverwaltung mit den jeweiligen Schülerinnen und Schülern bzw. deren Erziehungsberechtigten schließen müssen.

Begründung:

Ein nicht unerheblicher Teil der Schüler und Schülerinnen, die derzeit per homeschooling unterrichtet werden, dürfte den Anschluss an den Schulstoff seit Schulschließung am 16. März verloren haben. Denn viele Schülerinnen und Schüler verfügen nicht über einen Computer, Laptop oder Tablet. Zwar können einige Schüler auf dem Gerät ihrer Eltern zurückgreifen, aber das reicht für das homeschooling nicht aus, wie die Schulleiter im Rahmen der letzten Schulausschusssitzung berichtet haben. Wenn Lehrer jeden Tag neue Arbeitsblätter in ISERV einstellen oder per E-Mail versenden und Videokonferenzen mit ganzen Klassenverbänden abhalten, dann reicht es nicht, wenn Schüler zu Hause einen Zugang zu einem PC haben, den sie sich mit Geschwistern oder im homeoffice arbeitenden Eltern teilen müssen.

Die fehlende eigene digitale Ausstattung betrifft vor allem Kinder, die ohnehin in ungünstigen häuslichen Lebensverhältnissen groß werden und mit einer schlechten Lernausstattung klarkommen müssen. Damit die Kinder, die während der letzten Wochen den Anschluss verloren haben, wieder in den Schulalltag integriert werden, ist dringender Handlungsbedarf vonnöten. Der Schulträger kann durch Leihgeräte seinen Beitrag dazu leisten. Und wir sollten damit nicht erst nach den Sommerferien beginnen und die Kinder weitere Wochen vom Lernen auf Distanz auszugrenzen. Benachteiligte Kinder werden so weiter abgehängt und verlieren wichtige Bildungschancen. Die Bedenken des Schulträgers in der Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der FDP-Fraktion können wir nicht nachvollziehen. Städte wie Solingen und Leverkusen bspw. verleihen schuleigene bzw. schulträgereigene mobile Endgeräte an bedürftige Kinder. Das sollte auch in Wuppertal möglich sein.

Karin van der Most

- bildungspolitische Sprecherin -

